

Postulat 22.26 Dr. Adrian Schoop, FDP, Turgi vom 18. Januar 2022 betreffend politische Neutralität der Mittelschulen

Sehr geehrte Frau Grossratspräsidentin
Sehr geehrter Herr Landammann
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen Grossräte
Werte Medienschaffende

Die Maturarbeit von drei Jungfreisinnigen sieht die politische Neutralität der Aargauer Mittelschulen in Gefahr. Nun soll eine Umfrage allfällige Missstände untersuchen. Die Regierung tritt darauf ein. Für die SP Fraktion geht das in eine völlig falsche Richtung und gerne führe ich aus, warum wir die Entgegennahme des Postulats betreffend politische Neutralität an Mittelschulen bestreiten.

Eine Vorbemerkung: Es gibt auch linke Lehrpersonen an Berufsfachschulen. Da rund 60% unserer Jugendlichen im Kanton eine Berufslehre absolvieren, wäre es mehr als angezeigt gewesen auch die Berufsfachschulen und die Lehrbetriebe in die Umfrage zur politischen Neutralität miteinzubeziehen. Und unsere Sorge sollte nicht nur den Schülerinnen und Schülern mit einseitig linken Lehrpersonen gelten, wie es in der Begründung des Postulats zum Ausdruck kommt. Gefährdet wären wohl alle Lernenden, auch diejenigen mit Lehrpersonen, die mit einer einseitig neoliberalen Agenda unterrichten.

Ich möchte ebenfalls kurz erklären, was «politische Neutralität» auf der Sekundarstufe II heisst. Denn Neutralität ist ganz einfach, bis man darüber nachdenkt. Der sogenannte «Beutelsbacher Konsens» aus dem Jahr 1977 legt drei Leitlinien für den Unterricht fest, welche linken wie auch rechten Lehrpersonen eine hilfreiche Orientierung bieten:

1. Das Überwältigungsverbot fordert Unterricht, der eine eigene Meinungsbildung seitens der Jugendlichen zulässt.
2. Die Schülerinnen- und Schülerorientierung soll die kritische Analyse einer Problemstellung (inklusive der eigenen Interessen) einfordern und dadurch die politische Urteils- und Handlungskompetenz der Jugendlichen stärken.

Und 3. Das Kontroversitätsgebot verlangt, dass öffentliche Kontroversen - wie beispielsweise die Gleichstellung von Mann und Frau, die Mobilität der Zukunft oder die Migrationspolitik - auch im Unterricht als solche abgebildet werden; wobei dieses Gebot Grenzen hat, wenn beispielsweise unsere demokratische Ordnung oder die Menschenrechte in Frage gestellt werden, darf eine Lehrperson nicht neutral bleiben.

Entsprechend formulierte eine Expertenkommission im Auftrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) als Leitlinien: «Alle Lehrpersonen sind sich ihrer Verantwortung als Vorbild bewusst. Im Sinne der Transparenz können Lehrpersonen ihre Meinung und Werte im Rahmen der Diskussion zurückhaltend offenlegen.»

Als Lehrperson und gleichzeitig Grossrat bin ich mir der Problematik der politischen Neutralität im Unterricht bewusst. An unserer Berufsfachschule und vielen weiteren Schulen der Sekundarstufe II besteht eine enge Zusammenarbeit mit einem unabhängigen Verein, der sich für das politische Interesse von jungen Erwachsenen einsetzt und deren politische Bildung fördern will. Gemeinsam organisieren wir Veranstaltungen für Berufslernende, an denen aktuelle Abstimmungsvorlagen sachlich korrekt unter Einbezug verschiedener Meinungen beleuchtet werden. Ich danke an dieser Stelle allen Grossrätinnen und Grossräten, die sich jeweils für diese Podien zur Verfügung stellen. Solche Angebote, welche Schulen sowie Lehrpersonen bei der politischen Bildung unterstützen, sollten wir als Kanton fördern, statt in gross angelegte und kostspielige Umfragen zu investieren, die uns wenig bringen. Vom administrativen Mehraufwand für Verwaltung und Schulen will ich an dieser Stelle gar nicht erst anfangen.

Franklin D. Roosevelt meinte einst: «Demokratie kann nicht funktionieren, solange die Wählenden nicht darauf vorbereitet sind, weise zu wählen. Der wahre Schutz der Demokratie ist daher Bildung.» In einer komplexen Welt wäre es verantwortungslos, kontroverse Diskussionen in der Schule zu vermeiden. Wo, wenn nicht an der Kanti oder an der Berufsfachschule lernen Jugendliche einfache Parolen zu hinterfragen und überprüfbare Fakten ernst zu nehmen. Dass die Lehrperson eine Meinung hat, ist klar; dass sie diese offenlegt und die Lernenden zur eigenständigen Meinungsbildung anregt für uns ebenfalls.

Ich komme zum Schluss: Wir von der SP sind überzeugt, dass sich unsere Lehrpersonen ihrer Aufgabe bewusst sind. Dieses Bewusstsein verfeinern sie durch Lehrplanarbeit, Qualitätsmanagement und Weiterbildungen. Wenn wir heute das Postulat überweisen, dürfen wir uns nicht wundern, wenn vor lauter politischer Vorsicht, die Behandlung kontroverser Themen aus dem Unterricht verschwinden. Unsere Demokratie braucht indes das Gegenteil - eine herausfordernde und respektvolle Diskussionskultur sowie mehr politische Bildung auf der Sekundarstufe II.

Vertrauen Sie der Professionalität unserer Mitarbeitenden an den Mittelschulen und vor allem der intellektuellen Selbständigkeit der Aargauer Schülerinnen und Schüler. Lehnen Sie das Postulat heute ab und stärken Sie damit die politische Bildung in unserem Kanton.

Besten Dank.

Alain Burger, 28.6.2022